

Bürgerbeteiligung / Haushalt Rat ö 01.03.2011

Bürgerhaushalt (FDP-Fraktion) (TOP 4 f) (ÄÄ GRÜNE u.ä.m.)

Beratungsverlauf:

Herr Dr. Thiele begründet den Antrag namens der FDP-Fraktion. Er legt dar, dass in Osnabrück wegen der zurückliegenden Beschlussfassung über einen Doppelhaushalt 2011/2012 das Verfahren eines Bürgerhaushaltes verschoben wurde. Er verweist auf das Beispiel anderer Städte, die in dieser Frage bereits weiter seien und erinnert daran, dass bereits im Jahr 2007 ein entsprechender Antrag im Rat beschlossen wurde.

Herr Henning verweist auf die unterschiedlichen Erfahrungen anderer Kommunen – zu denen auch negative Ergebnisse gehören. Die SPD-Fraktion spricht sich dafür aus, vor der Einführung eines Bürgerhaushaltes zunächst die Verwaltung damit zu beauftragen, die Erfahrungen anderer Städte auszuwerten und die Vor- und Nachteile im Finanzausschuss vorzulegen. Dementsprechend beantragt die SPD-Fraktion, den folgenden Änderungsvorschlag zu beschließen:

„Der Rat befasst sich erst dann mit der Thematik eines Bürgerhaushalts, wenn die Verwaltung eine umfangreiche Übersicht über verschiedene, in vergleichbaren Städten praktizierte Varianten vorgelegt hat.“

Herr Hagedorn verweist namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen demgegenüber ebenfalls darauf, dass bereits im Jahr 2007 der Rat einen entsprechenden Beschluss zur Aufstellung eines Bürgerhaushaltes getroffen habe. Seinerzeit habe unter externer Moderation eine entsprechende Informationsveranstaltung stattgefunden, in der deutlich geworden sei, dass bereits 45 andere Städte ein entsprechendes Vorgehen gewählt haben; lediglich mit Hinblick auf die Einführung der Doppik sei die seinerzeitige Absicht zur Einführung eines Bürgerhaushaltes zurückgestellt worden. Zwischenzeitlich werde es jedoch für möglich erachtet, für den Haushalt 2013 ein entsprechendes Vorgehen festzulegen. Er unterbreitet namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den folgenden Änderungsantrag:

„Ab dem Haushalt 2013 erfolgt die Haushaltsaufstellung auf der Basis einer umfassenden Bürgerbeteiligung. Die Verwaltung wird beauftragt, in Anlehnung an die Beispiele anderer Städte hierfür ein Konzept zu entwickeln, wie ab dem Haushalt 2013 Bürgerinnen und Bürger aktiv an den Haushaltsdiskussionen beteiligt werden können, z. B. durch ...(weiter wie im Ursprungsantrag)“

Herr Mierke spricht sich namens der UWG-Fraktion für die Annahme des FDP-Antrages aus. Er fordert, den Sachverstand der Bürger in die Haushaltsberatungen mit einzubeziehen und hierdurch auch die Akzeptanz innerhalb der Bürgerschaft zu erhöhen.

Herr Dr. E. h. Brickwedde nimmt namens der CDU-Fraktion zu den vorliegenden Anträgen Stellung, die Überlegungen, wie die Bürger stärker an den Haushaltsberatungen zu beteiligen seien, positiv gegenüberstehe. Er verweist auf das Beispiel der Stadt Oldenburg. Dort wurden nach einem Beschluss zum Ende des Jahres 2008 sechs Bürgerforen in verschiedenen Stadtteilen durchgeführt, an denen sich insgesamt lediglich 64 Bürger beteiligt haben. Er verweist demgegenüber auf die in Osnabrück bereits bestehenden 14 Bürgerforen. Insofern verfüge Osnabrück über ein flächendeckendes und weitentwickeltes Instrument zur Bürgerbeteiligung. Er spricht sich dafür aus, dieses Instrument stärker zu nutzen um weitere Informationen und größere Transparenz herzustellen und Vorschläge der Bürger einzuholen. Er berichtet über das weitere Vorgehen der Stadt Oldenburg, das als Vorbild nachdrücklich abgelehnt werde. Das Projekt habe in Oldenburg Kosten in Höhe von 90.000,00 € verursacht. Er ruft demgegenüber dazu auf, die bestehenden Bürgerforen dazu zu nutzen, mehr Informationen und Beteiligung an die Bürger heranzuführen. Dafür sollte die Verwaltung einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten. Daneben hält er eine Beschlussfassung in der heutigen Sitzung für überflüssig, da ein entsprechender Prüfauftrag aus dem Jahr 2007 aufgrund eines Ratsbeschlusses bereits bestehe.

Herr Oberbürgermeister Pistorius sichert zu, dass die Verwaltung sich des Arbeitsauftrages selbstverständlich annehmen werde. Er verweist auf das aus seiner Sicht bestehende grund-

sätzliche Problem, das bei der Umsetzung der Vorschläge der Bürger bestehe. Beispielhaft nimmt er Bezug auf die Vorschläge, die in der Stadt Münster von Bürgern vorgebracht wurden und z. B. darin bestanden, die Hundesteuer maßgeblich heraufzusetzen. Gleichzeitig seien in Münster stadtteilbezogen zahlreiche Wünsche der Bürger formuliert worden. Keiner der Bürgerhaushalte, die ihm bekannt seien, habe zu Einsparungen gegenüber den Vorgaben des Rates geführt. Er verweist auf die konstruktive Atmosphäre der Haushaltsberatungen im Rat in den vergangenen fünf Jahren und darauf, dass die Ratsmitglieder die Bürgerschaft repräsentieren. Sie haben insofern auch unangenehme Entscheidungen zu treffen und die gesamtstädtischen Interessen zu beachten. Er erhebt die Frage, wie mit Anregungen der Bürger, die nicht erfüllbar sind, umgegangen werden soll. Auch er spricht sich für einen konstruktiven Dialog mit den Bürgern aus; gleichzeitig sei jedoch festzuhalten, dass die Entscheidungen im Rat zu treffen seien. Abschließend verweist er unter Hinweis auf die Arbeit der Bürgerforen darauf, dass sich erfahrungsgemäß nicht alle Bevölkerungsgruppen an entsprechenden Prozesse beteiligen. Er ruft zu großer Sorgfalt im Umgang mit dem Thema Bürgerhaushalt auf.

Herr Cheeseman verweist ebenfalls auf den Ratsbeschluss aus dem Jahr 2007, dessen Umsetzung lediglich im Hinblick auf die Einführung der Doppik zurückgestellt wurde. Er erläutert das Vorgehen im Berliner Stadtbezirk Lichtenfelde und erklärt dessen Einzelheiten. Er macht deutlich, dass die Entscheidungshoheit des Rates nicht tangiert werde, und spricht sich abschließend dafür aus, ab dem Haushaltsjahr 2013 einen Bürgerhaushalt aufzustellen.

Herr Peters legt dar, dass offensichtlich die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, FDP-Fraktion und UWG-Fraktion größeres Zutrauen in die Fähigkeiten der Bürger haben, als die Vertreter der großen Fraktionen. Er verweist auf das positive Beispiel einer Bürgerbeteiligung der Planungszelle Neumarkt und hebt ebenfalls hervor, dass die Entscheidungskompetenz beim Rat verbleibe.

Herr Dr. Simon hinterfragt das dem Ursprungsantrag und dem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zugrundeliegende Demokratieverständnis. Er hebt das Prinzip der repräsentativen Demokratie hervor, als dessen Vertreter die Ratsmitglieder gewählt seien. Er bezeichnet die Aufstellung des Haushaltsplanes als denkbar ungeeignetes Objekt für eine direkte Demokratieausübung, zumal selbst die Verfechter der Idee das Vorhaben als Scheinbeteiligung bezeichnen, da dem Rat die abschließende Entscheidung vorbehalten sei. Er hebt hervor, dass die Ratsmitglieder von der Bevölkerung gewählt seien; ein Abschieben der Verantwortung zurück an diese komme daher nicht in Betracht. Als weiteres Argument gegen einen Bürgerhaushalt führt er an, dass die Bundesregierung zunehmend den Kommunen die Verantwortung für ihre Verschuldungssituation zuweise, diese Argumentation würde dann auf die Bürger abgewälzt. Er spricht sich abschließend wegen der Ineffektivität gegen die Verabschiedung eines Bürgerhaushaltes aus.

Herr Hagedorn weist die Argumente, die gegen die Erstellung eines Bürgerhaushaltes vorgebracht wurden, als gewollte Missverständnisse zurück. Er führt aus, dass in vielen Städten die Bertelsmann Stiftung die Aufstellung von Bürgerhaushalten begleitet habe. Die von Herrn Oberbürgermeister Pistorius vorgetragene Argumentation weist er zurück und macht deutlich, dass in allen Städten die Beschlusskompetenz beim Rat bleibe und dies auch in Osnabrück der Fall sein werde. Keinesfalls gehe es darum, sich der Verantwortung zu entledigen. Es gehe ausdrücklich nur darum, Kenntnisse über bestimmte Großprojekte an die Bürger rückzukoppeln.

Herr Jasper macht deutlich, dass die Ratsmitglieder von den Bürgern gewählt seien und es sich insofern bei der Haushaltsplanung bereits um einen Bürgerhaushalt handle. Auch er verweist auf die umfangreichen Diskussionen einzelner Projekte in den Bürgerforen und die dortige Unterrichtung der Bürger über die Haushaltssituation. Darüber sei vielfach ein Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern zustande gekommen. Auch er spricht sich dafür aus, Überlegungen darüber anzustellen, wie noch mehr Menschen dazu motiviert werden können, sich aktiv in die Stadtpolitik einzubringen. In diesem Sinne schlägt er namens der CDU-Fraktion vor, den folgenden Änderungsantrag zu beschließen:

„Die Verwaltung stellt die Möglichkeiten einer stärkeren Bürgerbeteiligung bei den Haushaltsberatungen im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungssteuerung dar.“

Herr Dr. Thiele sieht in dem Vortrag von Herrn Oberbürgermeister Pistorius ein Abgehen von dem bisher von der Verwaltung vorgeschlagenen Vorgehen, wonach nach der Einführung des doppischen Haushaltes die Verwaltung Vorschläge über die Einführung eines Bürgerhaushaltes vorlegen wollte. Er weist ferner den Vortrag von Herrn Oberbürgermeister Pistorius zurück, der gesagt habe, dass die Bürger die komplexen Zusammenhänge des Haushaltes nicht erfassen. Die Argumentation von Herrn Dr. Simon weist er ebenfalls zurück. Abschließend legt er dar, dass durch die Antragstellung über den Bürgerhaushalt ein Kommunikationsprozess angestoßen werden solle.

Herr Oberbürgermeister Pistorius verwarft sich nachdrücklich gegen die Verzerrung seiner Wortbeiträge. Bei aufmerksamer Verfolgung seines Beitrages sei die vorgenommene Differenzierung sehr gut nachvollziehbar gewesen. Scharf weist er die Anmerkung von Herrn Dr. Thiele, wonach der Haushalt hinter verschlossenen Türen beraten wurde, zurück und macht deutlich, dass die Mitglieder des Stadtrates, die fünf Jahre von den Bürgern gewählt werden, unter einem klaren vom Gesetz formulierten Auftrag stehen. Als Beispiel für die Öffentlichkeit, unter der die Haushaltsberatungen geführt wurden, verweist er auf die Behandlung des Einsparvorschlages zur „Alten Kasse“.

Sodann führt Herr Ratsvorsitzender Thöle die Abstimmung über den folgenden Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wie folgt herbei:

Abweichender Beschluss:

Ab dem Haushalt 2013 erfolgt die Haushaltsaufstellung auf der Basis einer umfassenden Bürgerbeteiligung. Die Verwaltung wird beauftragt, in Anlehnung an die Beispiele anderer Städte hierfür ein Konzept zu entwickeln, wie ab dem Haushalt 2013 Bürgerinnen und Bürger aktiv an den Haushaltsdiskussionen beteiligt werden können, z. B. durch (...)

Beratungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen. Der abweichende Beschluss wird mehrheitlich von den Mitgliedern der CDU-Fraktion, SPD-Fraktion sowie von Herrn Oberbürgermeister Pistorius **abgelehnt**.

Sodann führt Herr Ratsvorsitzender Thöle die Abstimmung über den von Herrn Jasper formulierten Änderungsantrag wie folgt herbei:

Abweichender Beschluss:

Die Verwaltung stellt die Möglichkeiten einer stärkeren Bürgerbeteiligung bei den Haushaltsberatungen im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungssteuerung dar.

Beratungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen. Der abweichende Beschluss wird mehrheitlich gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der UWG-Fraktion **angenommen**.